

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Mag. Martin Hobek, Wolfgang Seidl, Dr. Günter Koderhold, Angela Schütz, Lisa Frühmesser und Dietrich Kops betreffend „Rücksicht auf Blinde beim Abstellen von E-Scootern“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 24.6.2019 im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte zur Geschäftsgruppe „Soziales, Gesundheit und Sport“ / Post 7

Mit 1. Juni 2019 wurden E-Scooter, also Roller mit Elektroantrieb, mit Fahrrädern gleichgestellt. § 88b der Straßenverkehrsordnung verweist auf § 68 der StVO. Bei diesem heißt unter (4): „Fahrräder sind so aufzustellen, dass sie nicht umfallen oder den Verkehr behindern können. Ist ein Gehsteig mehr als 2,5 m breit, so dürfen Fahrräder auch auf dem Gehsteig abgestellt werden; dies gilt nicht im Haltestellenbereich öffentlicher Verkehrsmittel, außer wenn dort Fahrradständer aufgestellt sind. Auf einem Gehsteig sind Fahrräder platzsparend so aufzustellen, dass Fußgänger nicht behindert und Sachen nicht beschädigt werden.“

Das Bewusstsein, dass E-Scooter für blinde und stark sehbehinderte Menschen eine Stolperfalle sein können, ist noch nicht sehr ausgeprägt. Nicht nur das Abstellen der Roller auf taktilen Leitlinien oder bei Ampelanlagen, sondern sogar das Anlehnen an eine Gebäudemauer kann für Blinde eine ernsthafte Gefahr darstellen.

Der Blinden- und Sehbehindertenverband Wien, Niederösterreich und Burgenland (BSVWNB) startete daher mit 14. Juni die „Initiative RückSICHT“, bei der die engagierte Jugendgruppe des BSVWNB bei Passantinnen und Passanten ein Problembewusstsein schafft. Die Möglichkeiten für eine flächendeckende Aktion sind freilich nicht gegeben.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat nachfolgenden Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat

MAGIS TRAFIKSEKTION
DER STADT WIEN
POL 5522/19-2019-KEPLGAT
Eing.: 24. JUNI 2019
abgedruckt
Mitunterzeichner
Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

B e s c h l u s s a n t r a g

Die Stadt Wien möge die Inhalte der „Initiative RückSICHT“ des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Wien, Niederösterreich und Burgenland infrastrukturell und/oder finanziell, in jedem Fall aber ideell unterstützen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport beantragt.

[Handwritten signatures and initials of council members and other officials]